

31/1994

Peter Hintze: Der Weg in die Einheit ist gelungen

Die für die Wählerinnen und Wähler wichtige Entscheidungsalternative „Sicherheit oder Risiko? Zukunft oder Vergangenheit?“ wird ganz besonders durch die Persönlichkeit des Bundes-



kanzlers personalisiert. Im Mittelpunkt des Wahlkampfes steht deshalb die Kanzlerkampagne. Dabei werden Tatkraft, Erfahrung und internationales Ansehen des Bundeskanzlers in den Vordergrund gestellt.

**Die Kernbotschaft lautet:
Bei Helmut Kohl ist die Zukunft
Deutschlands in guten Händen.**

Die abgebildete Großfläche wird deshalb in der Endphase des Wahlkampfes überall zu sehen sein.

Heute vor vier Jahren haben die Volkskammer der DDR und der Deutsche Bundestag den Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands ratifiziert. Dieser Jahrestag lädt dazu ein, das seitdem Erreichte zu bilanzieren und nach den Perspektiven für die Zukunft zu fragen.

Die Soziale Marktwirtschaft hat ihre zweite große Feuerprobe bestanden. Der Weg in die Einheit ist gelungen. Ost-

Vier Jahre Deutsche Einheit — Bilanz und Perspektive —

deutschland ist die wachstumsstärkste Region in Europa. Die Experten sagen für die neuen Bundesländer ein Wirtschaftswachstum von neun Prozent für
(Fortsetzung auf Seite 4)

Spenden

Stellungnahme der Bundesschatzmeisterin Brigitte Baumeister zur kommerziellen Spendenwerbung für die CDU Seite 3

CDU extra

Mit der CDU gibt es keine leeren Versprechungen. Was die SPD will ... Was CDU und CSU wollen ...
Blauer Teil

Briefwahl-Prospekt

Briefwählen



denn jede Stimme zählt!

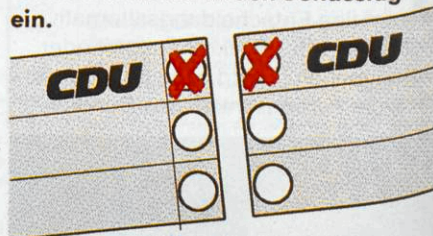
Beide Stimmen für die CDU
Zweitstimme ist
Kanzlerstimme



SICHER IN DIE ZUKUNFT
CDU

Beide Stimmen für die CDU!

Bei der Bundestagswahl hat jeder Wähler zwei Stimmen. Die Erststimme gibt er einer Person, nämlich seinem Wahlkreiskandidaten. Der Kandidat mit den meisten Stimmen im Wahlkreis zieht direkt in den Bundestag ein.



Mit seiner Zweitstimme entscheidet sich der Wähler für die Landesliste einer Partei. Nach der Zweitstimme bemißt sich die Zahl der Sitze, die jede Partei im Parlament erhält.

Daher beide Stimmen für die CDU!
So unterstützen Sie die erfolgreiche Politik von Bundeskanzler Helmut Kohl.

Briefwahlen sind immer eine große Chance für die CDU. Weitere hilfreiche Informationen für eine effiziente und zielgerichtete Verteilung erhalten Sie bei Ihrer Kreisgeschäftsstelle.

Bestell-Nr.: **2981**, Verpackungseinheit: 500 Expl.
Preis je 500 Expl.: 35,— DM

**Liebe Parteifreunde,
sehr geehrte
Damen und Herren,**

in diesen Tagen, wenige Wochen vor der Bundestagswahl, ist durch eine uns nicht freundlich gesonnene Illustrierte aus durchsichtigen Gründen ein altes Thema aufgewärmt worden: die kommerzielle Spendenwerbung für die CDU.

Die Diskussion hat zu Irritationen geführt. Deshalb nehme ich die Presseveröffentlichungen zum Anlaß, Ihnen hierzu folgendes mitzuteilen:

1. Die Finanzierung der staatspolitischen Aufgaben der politischen Parteien erfolgt durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und öffentliche Mittel. Die entsprechenden Regelungen sind im Parteiengesetz enthalten.

Dies ist durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Neuordnung der Parteienfinanzierung vom 9. April 1992 auch ausdrücklich so festgeschrieben worden.

Ferner verlangt der Gesetzgeber, daß sich alle Parteien mindestens zu 50 Prozent aus Eigenmitteln (Mitgliedsbeiträge und Spenden) finanzieren. Im Ergebnis bedeutet dies, daß sich die Parteien nach dem Willen des Gesetzgebers verstärkt um die Einnahmen aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen bemühen müssen.

Darüber hinaus hat das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich festgelegt — und dies ist durch den Bundesgesetzgeber entsprechend umgesetzt worden —, daß die Spenden eines der Kriterien der für die Berechnung staatlicher Zuschüsse an die politischen Parteien sind.

2. Die CDU Deutschlands hatte mit der Firma Hannes Müller mit Sitz in München einen Vertrag zur Spendenein-

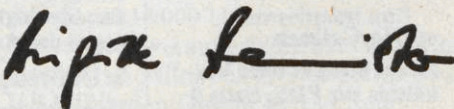
werbung im Gebiet der CDU Deutschlands geschlossen. Nachdem sich die praktische Zusammenarbeit nicht bewährte, habe ich seit längerem auf eine Vertragsbeendigung hingewirkt. Der Vertrag mit der Firma Müller wurde dann vorzeitig aufgelöst.

3. Die von der Firma Hannes Müller eingeworbenen Spenden sind der Partei vollständig zugeflossen. Die der CDU für die Spendenwerbung entstandenen Kosten wurden daraus beglichen. Die jeweiligen Spender erhielten von der CDU eine Spendenbescheinigung über den der CDU zugewendeten Betrag. Der Vertragsinhalt entsprach somit ersichtlich der Rechtsordnung unseres Landes.
4. Nicht nur die CDU als politische Partei beauftragt Dritte mit der Einwerbung von Spenden. Auch gemeinnützige Organisationen bedienen sich in unterschiedlichen Formen dieser Praxis.

Mir ist sehr bewußt, daß durch die Diskussion allen, die sich für die CDU um Spenden bemühen, die Arbeit erschwert wird. Dennoch bitte ich Sie, im Interesse unserer gemeinsamen Sache weiter um Unterstützung für die Finanzierung der uns durch Gesetz und Verfassung übertragenen Aufgaben zu werben.

Sie dürfen versichert sein, daß wir auch künftig mit den uns anvertrauten Mitteln sehr sorgfältig, sparsam und effizient umgehen werden.

Mit freundlichen Grüßen



Brigitte Baumeister MdB
Bundesschatzmeister

Vier Jahre Deutsche Einheit

(Fortsetzung von Seite 1)

das Jahr 1994 voraus und haben damit ihre Zahlen aus dem ersten Quartal schon deutlich nach oben korrigiert. Noch im Mai sind wir von acht Prozent Wachstum für die neuen Bundesländer ausgegangen. Bald sind sogar zweistellige Steigerungsraten zu erwarten. Damit steht fest: Die Wirtschaft zwischen Rostock und Zwickau wird eines Tages zur Konjunkturlokomotive im geeinten Deutschland.

Der Aufschwung gelingt. Die Menschen in Ost und West haben die Herausforderungen angenommen und gemeistert. Die Umstrukturierung der ostdeutschen Wirtschaft verlangt von den Bürgerinnen und Bürgern in den neuen Bundesländern ein gewaltiges Umdenken. Jahrzehntelange Bevormundungen lassen sich nicht von heute auf morgen durch Eigeninitiative und Risikobereitschaft ablösen.

Die Menschen in den neuen Bundesländern haben eine ungeheure Kraft aufgebracht, selbst angepackt und vor allem:

niemals resigniert. Dafür verdienen sie Dank und Respekt.

Die aktuellen Arbeitsmarktzahlen beweisen, daß wir am Wendepunkt angelangt sind, an dem wieder mehr neue Arbeitsplätze entstehen, als alte wegfallen.

Bereits im vergangenen Jahr hat jeder eine Lehrstelle bekommen, der es wollte. Mit der vierten Lehrstellenoffensive der

Wahlkampf-Argumente



Bundesregierung werden in diesem Jahr 12.000 Ausbildungsplätze geschaffen und jungen Menschen eine gute Zukunftsperspektive geboten. Der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit liegt hinter uns. Dies ist ein entscheidender Erfolg unserer Politik.

● Konjunktur

Deutschland ist Wachstumsmotor in Europa.
Seite 6

● SPD/Grüne/PDS

Wenn Magdeburg Modell würde: Zusammenspiel von Rot-Grün und PDS erreicht ersten Höhepunkt.
Seite 7

● Die Grünen

Grüne streiten über Verhältnis zur PDS. Seite 9

Auf dem Weg in eine andere Republik. Seite 10

HEUTE AKTUELL

● Soldaten-Urteil

Bundesverteidigungsminister Volker Rühle: Weder nachvollziehbar noch akzeptabel. Unsere Soldaten sind keine Mörder.
Seite 11

● Verkehr

Rot-grüne Verkehrspolitik: Ideologischer Feldzug gegen das Auto. Seite 12

● Umweltpolitik

Umweltbericht 1994: Erfolgsbilanz der Bundesregierung. Seite 14

● Wahlkampf

Ab sofort wieder Bürgertelefon. Seite 17

● Unsere Wahlspots

in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Seite 18

● Öffentlichkeitsarbeit

Die Bundesgeschäftsstelle bietet an: Kanzler-Prospekt und neue Broschüren. Seite 19

● Dokumentation

Musterrede zum Tag der Deutschen Einheit 1994. Grüner Teil

Der Aufschwung ist heute in allen Lebensbereichen zu spüren:

● Die Rentner sind die Gewinner der Einheit. Die Renten in den neuen Bundesländern wurden seit der Wende achtmal deutlich erhöht. Die Standarddeckrente als Vergleichszahl für das Rentenniveau erreicht bereits heute über 75 Prozent der Eckrente im Westen. Da in den neuen Bundesländern mehr Frauen erwerbstätig waren als in der alten Bundesrepublik Deutschland und somit verstärkt auch eigene Rentenansprüche erworben haben, erreicht das durchschnittliche Renteneinkommen eines Haushalts sogar fast 95 Prozent des Westniveaus.

Die letzten Rentenzahlungen in der DDR lagen bei 16,7 Mrd. Ostmark. Im nächsten Jahr sind es dagegen 66 Mrd. DMark — für das gleiche Gebiet und die gleiche Rentnerzahl.

Verhältnisse angeglichen

● Im Gesundheitswesen haben wir die Angleichung der Verhältnisse erreicht. Gab es in der ehemaligen DDR lediglich 2.000 Medikamente, sind heute alle 70.000 auch im Westen zugelassenen Arzneien in den neuen Bundesländern verfügbar. Träger des Gesundheitswesens in den neuen Bundesländern ist heute das bewährte gegliederte Gesundheitssystem der alten Bundesrepublik. Durch Soforthilfeprogramme für Krankenhäuser konnte dem schlechten Bauzustand und dem erheblichen Investitionsbedarf im medizinischen Bereich wirksam begegnet werden.

● In der Welt gibt es kein zweites Land, das in einem Gebiet mit rund 17 Millionen Einwohnern eine solche Bauleistung schafft, wie wir in den neuen Bundesländern. Die Regelung der Altschulden im Wohnungsbau — der Bund trägt hierbei

die Hauptlast — hat einen gewaltigen Investitionsschub ausgelöst. In diesem Jahr wird die Zahl der Baugenehmigungen rund 100.000 erreichen. Das ist viermal so viel wie vor dreieinhalb Jahren.

● Ostdeutschland wird schon in wenigen Jahren der attraktivste Standort Europas sein. Dies liegt nicht zuletzt auch an der modernen Infrastruktur, die dort geschaffen wird. Bis Mitte dieses Jahres sind 7.200 Kilometer Bundesfernstraßen neu gebaut oder saniert worden. Dies entspricht etwa der Strecke von Magdeburg bis ins sizilianische Palermo und zurück. Darüber hinaus wurden 1.300 Brücken repariert oder neu gebaut und 3.000 Kilometer Schienennetz saniert.

● Seit der Wiedervereinigung hat die Telekom eine ungeheure Aufbauleistung vollbracht. Noch in diesem Jahr wird der fünfmillionste Telefonanschluß eingerichtet. Vor der Maueröffnung konnte nur jeder Zehnte von zu Hause aus telefonieren, heute fast bereits jeder Dritte.

● Die ökologische Sanierung ist seit der Wiedervereinigung eine umweltpolitische Aufgabe von höchster Priorität. Insgesamt hat die CDU-geführte Bundesregierung in den neuen Bundesländern bis Ende 1993 in Umweltschutzprojekte rund 32 Milliarden DM an Zuschüssen und Darlehen bereitgestellt.

Arbeitsplätze garantiert

● Wesentlichen Anteil am Wirtschaftswachstum hat die Treuhandanstalt. Sie war einstmals das größte staatliche Unternehmen der Welt und hat mittlerweile rund 14.000 Unternehmen und Betriebsteile veräußert. Sie hat Garantien für über 1,5 Millionen Arbeitsplätze und 188 Milliarden DM an Investitionen erreicht. Eine Überprüfung der Zusagen im vergangenen Jahr hat ergeben, daß die Zusagen deutlich übererfüllt wurden.

Bundesbank: Deutschland ist Wachstumsmotor in Europa

Die deutsche Wirtschaft befindet sich seit Beginn dieses Jahres in einem kräftigen Wachstumsprozeß. Das schreibt die Deutsche Bundesbank in ihrem neuen Monatsbericht. Deutschland sei zu einem wichtigen Wachstumsmotor in Europa geworden; und die meisten Zeichen sprächen dafür, daß sich die Aufwärtsentwicklung fortsetze.

Für die kräftige Beschleunigung des Wachstums in den alten Bundesländern — hier hat sich das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr um real 2,2 Prozent gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres erhöht — nennt die Bundesbank vor allem zwei

Gründe. Zum einen gingen vom Ausland starke Impulse auf die deutsche Wirtschaft aus; die konjunkturellen Aufwärtstendenzen auf den wichtigsten Absatzmärkten hätten sich weiter verfestigt. Zum anderen zahlten sich nun die Anstrengungen aus, die in der westdeutschen Wirtschaft zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unternommen worden seien.

Auch in Ostdeutschland, berichtet die Bundesbank, schlage sich das kräftige Wachstum nun deutlicher als zuvor auf dem Arbeitsmarkt nieder. Erstmals seit der Wende habe sich im zweiten Quartal 1994 die Zahl der Erwerbstätigen wieder erhöht.

Damit wurde ein stabiles Fundament geschaffen, auf dem nun neue Industrieansiedlungen und Dienstleistungen aufgebaut werden.

● Im Sozialismus wurden mittelständische selbständige Existenzen systematisch zerstört. Heute arbeiten über drei Millionen Menschen in 460.000 kleinen und mittleren Unternehmen. In diesem Jahr wird die Treuhand zusammen mit der Bundesregierung einen Konsolidierungsfonds in Höhe von 500 Millionen DM auflegen, um den Aufbau des industriellen Mittelstandes weiter nachhaltig zu unterstützen. Privatisierte frühere Treuhandunternehmen mit akutem Finanzbedarf erhalten aus diesem Fonds zinsgünstige Darlehen. Dies wurde in der 23. Wirtschaftskonferenz Ost festgelegt, an der auf Einladung von Bundeskanzler Helmut Kohl Vertreter von Wirtschaft und Gewerkschaften sowie Repräsentan-

ten der neuen Bundesländer teilgenommen haben.

Schon jetzt beurteilen die Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern ihre persönliche Situation sehr positiv. 76 Prozent sind mit ihrer Lebensführung zufrieden, 70 Prozent schauen optimistisch in die Zukunft. Aber: 62 Prozent sagen, daß zuviel gejammert werde. Dies sind klare Fakten, die den Erfolg unserer Politik belegen.

Die Deutschen in Ost und West haben die schwierige Aufgabe begonnen, die neuen Bundesländer wieder aufzubauen, die Lasten der Vergangenheit zu überwinden und für das Neue das Fundament zu bereiten. Diese Aufgabe ist noch keineswegs zu Ende. Doch es ist sicher, daß wir bald die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West erreicht haben. Hierfür hat die CDU mit Bundeskanzler Helmut Kohl den Weg bereitet.

Wenn Magdeburg Modell würde ...

Zusammenspiel von Rot-Grün und PDS erreicht ersten Höhepunkt

In Magdeburg hat das Zusammenspiel zwischen Rot-Grün und PDS seinen ersten Höhepunkt erreicht. In der vierten Sitzung des neuen Landtages am 9. September wurde ein Antrag der PDS mit den Stimmen von SPD und Grünen angenommen. Statt stiller Absprache demonstrierte die neue Linksfront offene Verbrüderung.

Gegenstand des Antrages war eine Veranstaltung am 21. Juni mit dem Bundeskanzler in Halberstadt/Sachsen-Anhalt. Zu der Veranstaltung kamen etwa 7.000 Besucher.

Etwa 120 Demonstranten aus der linken Szene versuchten, die Rede des Bundeskanzlers mit Trillerpfeifen, Gegröle und Schimpfworten zu unterbrechen. Sie drängten in Richtung auf das Podium und warfen unter anderem mit Eiern und Äpfeln. Daraufhin wurden sie durch die Einsatzkräfte abgedrängt.

Dieser Verlauf der Ereignisse wurde von SPD-Innenminister Dr. Püchel in der Landtagssitzung vom 9. September im Kern bestätigt. Ein rechtswidriges Vorgehen der Einsatzkräfte habe seines Wissens nicht vorgelegen.

PDS diffamiert Polizei

Die PDS hingegen beantragte, „den Einsatz von Polizei und Bundesgrenzschutz [...] zu untersuchen“. Die Begründung der SED-Nachfolge-Organisation: Die Einsatzkräfte seien „provokierend, überhart und teilweise äußerst brutal“ vorgegangen. In ihrem Antrag brandmarkt die

PDS die Polizei als Gewalttäter, während sie die gewalttätigen Störer mit keinem Wort erwähnt.

Daß die PDS einen solchen Antrag stellt, verwundert nicht. Sie ist das Auffangbecken militanter Autonomer und der Tummelplatz radikaler Kommunisten. Es war die PDS, die dazu aufgerufen hat, bei der Verabschiedung der Alliierten vor wenigen Wochen in Berlin Randalen zu machen.

Geistige Verbrüderung

Jeder weiß: Die PDS will eine andere Republik. In Magdeburg wird jetzt offenbar, daß sie in SPD und Grünen feste Verbündete dafür hat. Die Landtagsdebatte über den skandalösen PDS-Antrag brachte die geistige Verbrüderung der neuen Linksfront an den Tag.

Die Vertreterin der SPD, Frau Leppinger, sagt an die Adresse des Bundeskanzlers: „Jemand, der so handelt, der muß auch Pfiffe und Trillerpfeifen aushalten können.“ SPD und Grüne verglichen die Anwesenheit von Personenschützern mit der Spitzel-Tätigkeit der Stasi. Auf die

Wahlkampf-Argumente



PDS will Freilassung von RAF-Terroristen

Die PDS in Hamburg startete eine Plakataktion, mit der sie die Freilassung von den gefährlichsten RAF-Terroristen fordert. Wortlaut des Plakats: „Keine Todesstrafe auf Raten! Kein Lebenslänglich! Sie müssen raus!“

Insgesamt geht es um 18 RAF-Terroristen — darunter mehrfache Mörder wie Christian Klar.

Die Hamburger PDS verteidigt das Plakat. Vorstandsmitglied Andreas Grünwald: „Wir wollen auf die unmenschlichen Haftbedingungen der RAF-Häftlinge hinweisen. Lebenslang ist Rachejustiz. Sie müssen raus!“ Die RAF-Ter-

roristen seien „politische Häftlinge“ (Bild, 15. September 1994).

Dazu Innenminister Kanther: „Die undifferenzierte Parteinahme der PDS für die RAF-Mörder zeigt, welche unheilige Allianz da droht.“ Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Johannes Gerster kommentierte: „Höchste Zeit, die PDS bundesweit durch den Verfassungsschutz beobachten zu lassen.“

Niedersachsens SPD-Ministerpräsident Schröder (SPD) hatte zwei Tage zuvor jede PDS-Beobachtung abgelehnt. Begründung: Die PDS sei „nicht extremistisch.“

Schilderung der Grünen-Abgeordneten Bendler: „Mir fällt auf, daß sich die Menge hinter der Absperrung zum größten Teil aus Kohl zujubelnden Menschen und aus nicht so laut jubelnden, aber dafür mit Funkgeräten ausgerüsteten Männern zusammensetzt“, erfolgt ein Zuruf aus der SPD: „Das hatten wir doch schon einmal!“

Das Fazit der SPD-Rednerin lautete wie folgt: „Welches Bild von Jugendpolitik, welche Auffassungen von Jugend überhaupt, von Demokratie stehen dahinter, wenn Jugendliche erst provoziert und dann kriminalisiert werden?“

Ein Schlag ins Gesicht

Die PDS setzte den Schlußpunkt der Debatte. Dazu braucht sie nur auf den Ausführungen von SPD und Grünen aufzubauen. „Ich finde“, sagt der PDS-Landesvorsitzende Claus, „damit ist der Kanzler ein republikweit agierendes

Sicherheitsrisiko geworden. Davor müssen wir uns schützen. Deshalb bitte ich Sie, diesem Antrag zuzustimmen.“

Auf dem Weg in eine andere Republik erhielt die PDS die Stimmen von SPD und Grünen. Das ist eine Schande für Sachsen-Anhalt. Und es ist ein Schlag ins Gesicht jedes Demokraten.

Es steht viel auf dem Spiel

Damit ist klar: Wenn Magdeburg Modell würde, geriete unsere freiheitliche Ordnung aus den Fugen. Täter würden zu Opfern, Polizisten, die ihren Dienst für die Bürger tun, würden von SPD, Grünen und PDS als potentielle Gewalttäter gebrandmarkt. Der PDS ist es gelungen, gemeinsam mit SPD und Grünen, nach bester kommunistischer Dialektik eine Umwertung der Werte zu erreichen. — Am 16. Oktober steht viel mehr auf dem Spiel, als viele bisher für möglich gehalten hätten!

Probleme mit der Wirklichkeit

Grüne streiten über Verhältnis zur PDS

Groß war die Aufregung auf dem kleinen Parteitag der Grünen am 17. September in München, als der Vorschlag des grünen Fraktionschefs Tschiche aus Magdeburg bekannt wurde, „Listenverbindungen“ mit der PDS zu bilden. In einem Interview mit dem Spiegel erklärte Tschiche: „Es gibt ja die Möglichkeit der Listenverbindung. Die könnte doch Freie Liste/Bündnis 90/Grüne heißen.“ (Der Spiegel, 19. 9. 1994)

Gemeinsamkeiten mit der PDS

Tschiche sieht eine Reihe von „Gemeinsamkeiten“ zwischen PDS und Grünen: „Die PDS vertritt in der Ausländer-, Innen- und Bildungspolitik durchaus grüne Positionen.“ Auch personell stehen sich Grüne und PDS nach Tschiches Aus-

Wahlkampf-Argumente



sagen sehr nahe: „Die Magdeburger PDS-Fraktionschefin Petra Sitte wäre im Westen sicher beim feministischen Flügel der Grünen. Ich gebe gern zu, daß ich ihr politisch näher stehe als dem Grünen-Bundestagsabgeordneten Werner Schulz.“ Tschiche kommt zu dem Schluß, die Grünen „müssen alles neu sortieren“ und ihr Verhältnis zu PDS neu „diskutieren“. (ebenda)

Traum vom Sozialismus

Tschiche sieht auch eine generelle ideologische Nähe zwischen Grünen und PDS:

„... bei den Bündnisgrünen gibt es viele, die den Traum vom Sozialismus mit menschlichem Antlitz noch nicht ausgeträumt haben; zu denen gehöre ich auch. Es gibt also Gemeinsamkeiten.“ (ebenda)

Drohende Spaltung

Entfacht wurde der Richtungsstreit bei den Grünen durch die Wahlniederlagen der Grünen in Sachsen und Brandenburg. Danach hatte der Vorstandssprecher der Grünen, Ludger Volmer, die Ost-Grünen scharf angegriffen. Dagegen kritisierte der grüne Bundestagsabgeordnete Konrad Weiß, die westlichen Grünen verharrten in ihrer „Selbstgerechtigkeit“ und stellten weiterhin „ökologische Ladenhüter“ (FAZ, 19. 9. 1994) in den Mittelpunkt des Wahlkampfes. Konrad Weiß schloß gar die „Spaltung“ (Deutschlandfunk, 15. 9. 1994) der Partei nicht aus.

Sympathie für die PDS

„Die Ökopartei steht vor neuen Flügelkämpfen“, analysiert denn auch der Bonner General-Anzeiger (19. 9. 1994). Der kleine Parteitag der Grünen hatte zuvor versucht, den Streit bis nach der Bundestagswahl zu vertagen. „Jetzt werden Konflikte zwischen Ost- und West-Grünen einfach zugekleistert.“ (Handelsblatt, 19. 9. 1994) Zwar hatten die Grünen in einer Resolution Listenverbindungen mit der PDS abgelehnt, gingen aber mit keinem Wort auf die Kernfrage ein, die lautet: „Sind die Grünen bereit, ein Bündnis mit der SPD von der PDS dulden zu lassen.“ (General-Anzeiger, 19. 9. 1994) Angesichts der „Sympathie für die SED-Nachfolgepartei PDS“ (Handelsblatt, 19. 9. 1994) dürfte daran kaum ein Zweifel bestehen. ■

Auf dem Weg in eine andere Republik

Die SPD will an die Macht — „ohne Wenn und Aber“, wie Gerhard Schröder sagt. (Der Stern, 1. 9. 1994) Das bedeutet Zusammenarbeit mit den Grünen und wenn nötig sogar mit der kommunistischen PDS. Damit wäre Deutschland auf dem Weg in eine andere Republik. Die PDS sagt es offen in ihrem Grundsatzprogramm: „Wir wollen ein anderes Deutschland.“

Ein anderes Deutschland wollen auch die Grünen. Gerade erst haben sie auf ihrem kleinen Parteitag, dem Länderrat am 17. und 18. September in München, „zehn Projekte“ für einen politischen Richtungswechsel beschlossen, die Deutschland auf einen verhängnisvollen Weg führen würden — einen Weg der ökosozialistischen und utopistischen Experimente. Diese sogenannten Reformprojekte sind die Grundlage der Grünen für mögliche Koalitionsverhandlungen mit der SPD.

Neue Steuern und Abgaben

Die Grünen fordern in ihrem Programm unter anderem eine lange Liste neuer Steuern und Abgaben:

- die „Neueinführung von Ökosteuern“,
- „eine Primärenergiesteuer“,
- die „Erhöhung der Mineralölsteuern (50 Pf. sofort, dann 30 Pf. jährlich)“,
- „eine Abfallabgabe“,
- „eine Arbeitsmarktabgabe“,
- „eine erhöhte Vermögenssteuer“,
- „Solidaritätsabgaben von 10 Prozent“,
- „Verdreifachung der Erbschaftssteuer“.

Das heißt im Klartext: Eine Flutwelle neuer Steuern und Abgaben würde den Aufschwung ersticken. Die Unternehmen könnten nicht mehr investieren. Hunderttausende von Arbeitsplätzen wären zerstört.

Heroin auf Krankenschein

Aber damit nicht genug. Die Grünen wollen eine „Zulassung für den legalen Handel“ mit sogenannten „leichten Drogen“. Todesdrogen wie Heroin sollen nach den Plänen der Grünen „auf Krankenschein bezogen werden können“.

Abschaffung der Bundeswehr

Die Grünen halten an ihren sicherheitsgefährdenden Beschlüssen zur Bundeswehr fest. In ihrem neuen Papier heißt es dazu: „Mit der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und der allgemeinen Einrückung von freiwilligen zivilen Friedensdiensten soll die Auflösung der Bundeswehr begonnen werden.“ Diese Forderungen sind ein Generalangriff auf die politische Stabilität, auf die innere und äußere Sicherheit Deutschlands.

Die Grünen sind der Wunschpartner der SPD. Rot-Grün würde — erst recht unter dem Einfluß der kommunistischen PDS — Deutschland in eine andere Republik verwandeln.

Zitat

„Die Wähler wissen genau, daß Deutschlands Zukunft weder auf roten Socken noch in grünen Schluffen zu meistern ist.“

Generalsekretär Peter Hintze

Unsere Soldaten sind keine Mörder

„Soldaten sind Mörder!“ Dieser Autoaufkleber ist nach einem Urteil der Karlsruher Verfassungsrichter eine „zulässige Meinungsäußerung“.

In unserer Demokratie respektieren wir das Karlsruher Urteil. Aber richtig finden muß es keiner.

Die Angehörigen der Bundeswehr sind selbstverständlich keine Mörder.

Wie man junge Soldaten und Offiziere unserer Streitkräfte jetzt noch motivieren kann, für die Verteidigung Deutschlands notfalls das Leben zu riskieren, darüber mußte das Gericht nicht befinden.

Bild, 20. 9. 94

Natürlich sollte in einem liberalen Rechtsstaat wie dem unsrigen im Zweifel die Freiheit des Wortes, auch des unbequemen, gar des abgeschmackten gelten. Wo wäre das deutlicher zu postulieren als in einer Zeitung, die unter dem Schutz des Artikels

5 des Grundgesetzes (Meinungsäußerungs- und Pressefreiheit) wirkt. Doch erscheint es allzu lau und unentschieden, wenn man die eigentliche Absicht des Verleumders erkennt, sie aber wegen angeblicher literarischer Bemäntelung hinnimmt. Für die Soldaten, die durch das Wehrpflichtgesetz zum Dienst an der Allgemeinheit gerufen werden, eine traurige Erkenntnis.

Rheinische Post, 20. 9. 94

Die Meinung des Schriftstellers und Journalisten Kurt Tucholsky zu äußern: „Soldaten sind Mörder“, ist nun erlaubt. Jedem dürfen sich Soldaten der Bundeswehr dadurch nicht automatisch verunglimpft fühlen. Es fällt schwer, für solch einen Rechtsstreit Verständnis aufzubringen. Ob sich ein Soldat verunglimpft fühlt oder nicht, ist seine rein persönliche Angelegenheit. Das kann kein Gericht in so pauschaler Weise entscheiden.

Stuttgarter Zeitung, 20. 9. 94

Weder nachvollziehbar noch akzeptabel

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, nach dem der Aufkleber „Soldaten sind Mörder“ als freie Meinungsäußerung strafflos bleibt, ist nach Ansicht von Bundesverteidigungsminister Volker Rühle ein Skandal.

In einem Gespräch mit der Essener Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung sagte Rühle, für ihn sei der Beschluß weder nachvollziehbar noch akzeptabel. Der Verteidigungsminister wörtlich: „Ich kann nur davor warnen, daß jetzt einige vielleicht glauben, sie hätten einen Freibrief, unsere Soldaten zu

beleidigen. Wir werden die Soldaten zu schätzen wissen.“

Die Bundeswehr leistete vorzügliche humanitäre Hilfe, die nicht gefahrlos sei, sie stehe auch an der Vorfront der politischen Verständigung. Rühle nannte als Beispiel die gemeinsamen Manöver mit polnischen Soldaten. Nach diesem Urteil bestehe die Gefahr, daß sich Nachfolgetäter mit konkreten Beleidigungen öffentlich zu Wort meldeten. Rühle appellierte deshalb an Politiker aller demokratischen Parteien, jetzt ein deutliches Wort zu sagen, daß Soldaten heute Helfer und Friedenssicherer sind.

Rot-grüne Verkehrspolitik:

Ideologischer Feldzug gegen das Auto

Wer die Aussagen roter und grüner Politiker anhand der heute vorgestellten Materialsammlung zu aktuellen Verkehrsfragen analysiert, kommt zu folgender Erkenntnis: Widersprüche, unpräzise Ankündigungen oder verworrene Winkelzüge zu fast allen wichtigen Verkehrsthemen lassen bei der SPD und den Grünen fachliche Kompetenz, Glaubwürdigkeit und Entschlußkraft vermissen. Rudolf Scharping ist offensichtlich überfordert, eine nur halbwegs gerade Linie in der Verkehrspolitik seiner Partei herzustellen.

Beispiel Nr. 1:

Rot-Grün gegen Straßenausbau, Planungsvereinfachung, Privatfinanzierung

Dem SPD-Wahlprogramm zufolge sollen Ausgaben für Fernstraßenneubau im Westen und die Förderung des kommunalen Straßenneubaus vermindert werden. Im Wahlprogramm des SPD-Kandidaten Scharping gibt es auch keine privat finanzierten Straßen und keine Planungsvereinfachung.

Dagegen wird der von CDU und CSU eingeschlagene Weg einer zukunftsorientierten Verkehrspolitik durch den zügigen Ausbau und Modernisierung der Ver-

kehrsinfrastruktur konsequent fortgesetzt. Im Mittelpunkt steht die Verwirklichung der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit. Neue Verkehrsinfrastrukturen sollen stärker als bisher privat finanziert und betrieben werden.

Beispiel Nr. 2:

Rot-grünes Abkassieren beim Autofahrer

Monika Griefahn, Mitglied des Schattens-Kabinetts von SPD-Chef Scharping, und auch die Grünen fordern eine stufen-

Dirk Fischer, Mitglied des Bundesfachausschusses Verkehrspolitik der CDU und verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zur rot-grünen Verkehrspolitik.

weise Erhöhung der Mineralölsteuer um jährlich 0,50 DM bis zum Zielwert 5 DM pro Liter. Wer glaubt da noch Scharping, wenn er in der Bild-Zeitung eine SPD-Mineralölsteuererhöhung ausschließt?

Dagegen können CDU und CSU in einem Land, in dem Transport und Mobilität Säulen unserer Wirtschaft sind, bei aller Liebe zur Bahn, eine autofeindliche Politik nicht verantworten. Wir wollen, daß das Autofahren auch in Zukunft bezahlbar bleibt.

Beispiel Nr. 3:

Rot-Grün für Tempolimit

Beispiellos ist die chaotische Irrfahrt der SPD zum Thema „Tempolimit“. Wäh-

Wahlkampf-Argumente

ENTSCHEIDUNG



94

rend sich Gerhard Schröder 1992 noch für eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen als ein Gebot der Vernunft ausgesprochen hat, bekennt er heute:

„Ich bin gegen ein allgemeines Tempolimit“. Widersprüchliches auch bei Rudolf Scharping: „Es wird kein Tempolimit geben“ (April 94). Vier Monate später dagegen hört sich das so an: „Wir brauchen Geschwindigkeitsbegrenzungen an 365 Tagen im Jahr, 30 km/h in Wohngebieten und 130 km/h auf Autobahnen.“

Weiß die SPD eigentlich was sie will? Wer gibt die Richtlinien vor? Warum gelingt es Scharping nicht, für Klarheit in der SPD zu sorgen?

Dagegen lehnen CDU und CSU ein generelles Tempolimit auf Autobahnen ab, weil es aus unserer Sicht weder aus Umwelt- noch aus Sicherheitsgründen Sinn macht. CDU und CSU setzen auf moderne Verkehrsbeeinflussungsanlagen, die gezielt bei hoher Verkehrsdichte oder schlechten Wetterlagen situationsangepaßte Geschwindigkeiten festlegen.

Beispiel Nr. 4: Rot-Grün gegen den Transrapid

Die Mehrheit der SPD in den Ländern ist gegen die Transrapid-Technik in Deutschland. Diese technologiefeindliche Ablehnung wird von Gerhard Schröder, SPD, unterstützt und das als Mitglied des SPD-Schattenkabinetts für das Ressort Wirtschaft, Verkehr und Energie.

Dagegen setzen CDU und CSU konsequent auf die Einführung des Transraps als hochmoderne Technologie im Verkehrssektor, die allein in den nächsten 10 Jahren über 10.000 Arbeitsplätze sichert und schafft. Wer jetzt bei den anstehenden großen Investitionen im Verkehrsbereich nicht auf neue politische und ökonomische Wege setzt, der schafft ein verkehrspolitisches Chaos.

CDU und CSU setzen deshalb auf die Bahnreform, den Transrapid, das Deutsch-Amerikanische Luftverkehrsabkommen, die Telematik, neue Wege der Finanzierung des Infrastruktur-Aus- und Neubaus, die Vernetzung und Kooperation von Straße, Schiene, öffentlichem Personennahverkehr, Wasserstraßen und Flugverkehr mit modernen Hochtechnologien und auf die Stärkung der deutschen Verkehrsunternehmen im internationalen Wettbewerb. ■

Wieder stärkster Verband

Die CDU Rhein-Sieg hat sich die Position des mitgliederstärksten CDU-Verbands in Deutschland zurückerobert. Den Platz an der Sonne hatte man räumen müssen, nachdem der Bonn/Berlin-Beschluß zu einer Reihe von Parteiaustritten geführt hatte. Durch steten Zuwachs zählt der Kreisverband nunmehr knapp 8.700 Mitglieder — mithin gut 150 mehr als der in Recklinghausen. Derart beflügelt teilt Kreisgeschäftsführer Karl-Heinz Enderes mit, die CDU Rhein/Sieg habe ihre „alte Führungsposition als mitgliederstärkster Kreisverband der CDU zurückerobert“.

1,1 Millionen Handwerker in den neuen Bundesländern

Die Zahl der Handwerker in den neuen Bundesländern hat sich innerhalb von vier Jahren mehr als verdoppelt. Wurden 1989 etwa 426.000 Beschäftigte gezählt, seien es jetzt über 1,1 Millionen, sagte der Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH), Heribert Späth. 16,6 Prozent aller Erwerbstätigen waren zum Ende des vergangenen Jahres im Handwerk beschäftigt. Die Zahl der Betriebe in Ostdeutschland stieg von 1989 bis 1993 von rund 85.000 auf inzwischen 135.500.

Umweltbericht 1994

Erfolgsbilanz der Bundesregierung

Der Umweltbericht der Bundesregierung zeigt, daß der Umweltschutz in Deutschland im internationalen Vergleich ein hohes Niveau erreicht hat. Dank der konsequenten Umweltpolitik der Koalition ist eine deutliche Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Umweltbelastung gelungen.

Vor allem in den Bereichen Luftreinhaltung, Abfallentsorgung und Gewässerschutz sowie in den neuen Ländern hat sich die Umweltqualität deutlich verbessert. Nach dem Länderprüfbericht der OECD von 1993 nimmt Deutschland im Vergleich zu anderen OECD-Staaten eine gute, bei der SO₂-Minderung und beim Anschlußgrad an vollbiologische Kläranlagen sogar eine führende Position ein. Die Fähigkeit zu Innovation und Wettbewerb ist entscheidend für die Zukunftssicherung. Nicht zuletzt auf das im internationalen Vergleich sehr hohe Umweltschutzniveau in Deutschland ist zurückzuführen, daß sich bei uns eine erfolgreiche Umweltschutzindustrie entwickelt hat.

● Luftreinhaltung

Durch die Verbreitung des Drei-Wege-Katalysators und durch Verbesserung des Abgasverhaltens von PKWs mit Dieselmotoren sowie von Nutzfahrzeugen wurde trotz des gestiegenen Verkehrsaufkommens eine Trendwende erreicht.

Die EU-weite Verschärfung der Abgasgrenzwerte für Kraftfahrzeuge hat wichtige technische Entwicklungsschritte, zumindest des spezifischen Abgasausstoßes bewirkt. Steuerliche Anreize haben zur schnellen Verbreitung der zur Zeit besten verfügbaren Technik beigetragen.

Gute Erfolge können wir auch bei der Reduzierung der CO₂-Emissionen verzeichnen. Die energiebedingten CO₂-Emissionen sind in Deutschland von 1.060 Mio. t im Jahr 1987 auf 894 Mio. t im Jahr 1993 zurückgegangen. Dies entspricht einer Minderung von 15,7 Prozent in diesem Zeitraum.

Das CO₂-Minderungsprogramm der Bundesregierung, das eine Reduktion der CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2005 von 25 bis 30 Prozent bezogen auf das Emis-

**Von Klaus Lippold,
umweltpolitischer
Sprecher der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion**

sionsvolumen von 1987 anstrebt, ist durch wichtige Maßnahmen umgesetzt worden, z. B. Stromeinspeisegesetz, 1000-Dächer-Photovoltaikprogramm, Vergünstigung der Kraft-Wärmekoppelung im Mineralölsteuergesetz, Fernwärmeprogramm für die neuen Bundesländer, Novellierung der Wärmeschutzverordnung, der Heizungsanlagenverordnung und der Kleinf Feuerungsanlagenverordnung.

Besonders positiv ist auch auf die Entwicklung im Bereich der Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW). In Deutschland ist der FCKW-Verbrauch Ende letzten Jahres bereits um 87 Prozent gegenüber 1986 gesunken. Die Produktion hat im gleichen Zeitraum um 59 Prozent abgenommen. Im Mai d.J. ist die letzte Tonne FCKW in Deutschland produziert worden.

● Abfallpolitik

Das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz stellt die Weichen dafür, daß rohstoffliche Ressourcen wirksamer geschont, abfallarme Produkte entwickelt und auf Dauer das gesamte Konsum- und Produktionssystem zu einer Kreislaufwirtschaft umgestaltet wird.

Bereits die Verpackungsverordnung hat zu einer nachhaltigen Abfallvermeidung geführt. Bis Ende letzten Jahres betrug der Rückgang seit dem Inkrafttreten der Verpackungsverordnung vor über 2½ Jahren inzwischen bereits mehr als eine Mio. Tonnen. Für den Pro-Kopf-Verbrauch bedeutet dies seit 1991 einen Rückgang um 15 kg von 160 kg auf 145 kg.

● Gewässerschutz

In der Bundesrepublik Deutschland sind in den letzten 20 Jahren zahlreiche Gewässerschutzmaßnahmen, vor allem zur Verbesserung der Abwasserbehandlung und zur Verringerung des industriellen Wasserverbrauchs ergriffen worden. Hierdurch hat sich die Gewässergüte der meisten Fließgewässer in den alten Bundesländern deutlich erhöht, so daß dort nur noch wenige Gewässer als kritisch belastet oder verschmutzt einzustufen sind.

● Umweltsituation in den neuen Bundesländern

In den neuen Bundesländern hat sich die Umweltsituation inzwischen nachhaltig verbessert. Bei den SO₂-Emissionen ist ein Rückgang von 5,45 Mio. t in 1987 auf 3,55 Mio. t in 1991 zu verzeichnen. Dies bedeutet 34,5 Prozent weniger Schwefeldioxidemissionen. Bei den Staubemissionen gibt es ein Minus zwischen 1987 und 1991 von 46 Prozent und bei den CO₂-Emissionen im gleichen Zeitraum ein Minus von 33 Prozent.

Wahlkampf-Argumente



Die Quecksilberfrachten der Elbe sind von 28 t im Jahr 1985 auf 1,9 t im vorigen Jahr zurückgegangen. Ähnliche Reduzierungen werden bei Blei, Cadmium und Phosphaten festgestellt. Auch die Gewässerqualität im Einzugsgebiet der Ostsee hat sich verbessert. Hier hat die biologische Belastung aus kommunalen Kläranlagen um 46 Prozent, die Phosphor-Belastung um 66 Prozent, die diffusen Einträge von landwirtschaftlichen Flächen haben bei Stickstoff um 49 Prozent und bei Phosphor um 43 Prozent abgenommen.

Trotz dieser sehr erfolgreichen Bilanz im Umweltschutz werden wir unsere vorsorge- und verursacherorientierte Umweltpolitik weiter konsequent vorantreiben:

Die Sanierung der Umwelt in den neuen Bundesländern hat weiterhin besondere Priorität.

Die Vermeidung und Verwertung von Abfällen werden auch künftig das Kernstück unserer Abfallpolitik sein. Produktion, Nutzung und Verteilung müssen soweit wie möglich in geschlossenen Kreisläufen erfolgen. Der mit dem Kreislaufwirtschaftsgesetz und der Verpackungsverordnung erfolgreich eingeleitete Prozeß muß weiter vorangetrieben werden.

Der Schutz unserer Gewässer bleibt weiterhin zentrale Aufgabe unserer Umweltpolitik.

Das CO₂-Minderungsprogramm muß weiter umgesetzt werden.

Ein Königsweg:

„Zukunft der Arbeit – Zukunft der Familie?“

In nur zwei Jahrzehnten ist die Zahl der Erwerbstätigen in unserem Nachbarland, den Niederlanden, um gut ein Drittel gestiegen. Die Wirtschaft wuchs in diesem Zeitraum nur unterdurchschnittlich. Vorhandene Arbeit wurde auf mehr Köpfe verteilt.

Mc. Kinsey zieht in einer 1994 vorgelegten Studie für Deutschland daraus den Schluß, daß über 2 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Durch flexible Arbeitszeitgestaltung. Bedingungen sind: Freiwilligkeit, Einzellösungen von Abteilungen, teilweiser Lohnausgleich.

Am liebsten Teilzeit

Die meisten Frauen in Deutschland wollen am liebsten in Teilzeit ihrem Beruf nachgehen. Aber auch Familienväter würden gern mehr Zeit in der Familie verbringen. Sie sind mit 42,6 Stunden pro Woche am stärksten belastet.

Gemeinsam ist allen Aspekten dieser aktuellen Diskussion, daß zukünftig Arbeit auf möglichst viele verteilt werden muß: Männer und Frauen. Und daß gleichzeitig auch die Familien davon profitieren.

Und wollten Sie schon immer wissen, wie unser Parteivorsitzender und Bundeskanzler Helmut Kohl zur Sache der Frauen steht, dann lesen Sie das Interview mit dem Bundeskanzler!

Sie erfahren, wie es um die Anerkennung der in unserer Gesellschaft geleisteten Arbeit steht — der bezahlten und der unbezahlten Tätigkeit.



- Denken Sie darüber nach, an welcher Stelle unsere Gesellschaft familienfreundlicher werden muß!
- Bedingung: Lösen Sie sich von lieb gewordenen aber lähmenden Gewohnheiten!

„Frau & Politik“ Nr. 4/94 „Zukunft der Arbeit“ ist zu beziehen bei:

Union-Betriebs-GmbH
Friedrich-Ebert-Allee 73—75
53113 Bonn
Telefon (0228) 54 43 14
Fax (0228) 54 45 86

Bei Bestellung von mehr als 50 Werbeexemplaren wird ein Betrag von 1,— DM pro Stück erhoben.

Generalsekretär Peter Hintze:

Ab sofort wieder Bürgertelefon

Auf einer Pressekonferenz im Bonner Konrad-Adenauer-Haus stellte Generalsekretär Peter Hintze die aktuellen Wahlkampfmittel Telefonaktion „Bonn 1994“ und Fernseh- und Radiospots im Bundestagswahlkampf vor.

Nachdem wir vor kurzem unsere Wahlkampfstrategie, die zentralen Wahlausagen und unsere Werbemittel vorgestellt haben, präsentieren wir heute einige weitere High-Lights unseres Wahlkampfes, erklärte Peter Hintze. Sie stehen auch unter unserem Motto „Gespräche statt Materialschlacht“. Das heißt: Wir werden unseren auf Dialoge konzipierten Wahlkampf in der heißen Phase der Kampagne der Bundestagswahl fortsetzen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen möglichst viel Gelegenheit erhalten, mit uns ins Gespräch zu kommen. Wir möchten mit Argumenten überzeugen statt mit Werbematerial überfrachten. Deshalb werden wir unser Bürgertelefon mit der

Ruf-Nr. (02 28) 1994

wieder einsetzen. Aufgrund der positiven Resonanz während der Aktion zur Europawahl und der zahlreichen Anrufe auch nach der Wahl und während des Sommers bis heute, wollen wir diesen Service fortsetzen. Über 30.000 Bürger haben uns seit Beginn der Schaltung Ende Mai erreicht. Eine Zahl, die für sich spricht und die wir bei der Bundestagswahl sicher noch übertreffen können.

Wie schon im Europawahlkampf sitzen im Konrad-Adenauer-Haus wieder

ehrenamtliche Helfer am Telefon, die Fragen der Bürgerinnen und Bürger beantworten sollen, Anregungen und Probleme aufnehmen oder — falls gewünscht — veranlassen, daß entsprechendes Informationsmaterial den Anruferinnen und Anrufern zugeleitet wird. Im Europawahlkampf war die Überraschung oft groß, wenn die Anrufer festgestellt haben, daß kein Anrufbeantworter am anderen Ende der Leitung war, sondern gelegentlich auch der Generalsekretär der CDU Deutschlands. „Wie?, der Hintze ist dran, kann ja gar nicht sein!“, hieß es. Selbst auch die am Telefon so markante Stimme von Norbert Blüm konnte einige Anrufer kaum davon überzeugen, daß er wirklich am Hörer saß.

Außer den „Ehrenamtlichen“ bedienen wir uns diesmal wieder unserer Partnerfirma in Essen, wo die Anrufe auflaufen, wenn das Konrad-Adenauer-Haus nicht besetzt sein kann. Die Mitarbeiter, teils CDU-Mitglieder, die sich für die Aktion zur Verfügung gestellt haben, teils professionelle Mitarbeiter der Firma, nehmen Informationswünsche entgegen oder versuchen Fragen zu beantworten. Übrigens entstehen den Anrufern durch die Weiterleitung der Anrufe von Bonn nach Essen oder eine Rückleitung von Essen nach Bonn keine weiteren Kosten. Für die Anrufer gelten wie bei jedem anderen Anruf in Bonn die normalen Tarife.

Das Bürgertelefon hat bereits seinen Betrieb aufgenommen. Die Telefonnummer wird hauptsächlich über Fernseh- und Radio-Spots verbreitet.

Unsere Wahlsports in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten

Mi., 28. 9. 1994:	15.04 Uhr, SR 1, UK	Fr., 7. 10. 1994:	12.35 Uhr, MDR, UK
Mi., 28. 9. 1994:	15.08 Uhr, WDR 2, Wiw	Fr., 7. 10. 1994:	12.55 Uhr, SDR 3, Wiw
Mi., 28. 9. 1994:	18.57 Uhr, DR, UK	Fr., 7. 10. 1994:	13.05 Uhr, WDR 4, Wiw
Do., 29. 9. 1994:	12.55 Uhr, SDR 3, Wiw	Fr., 7. 10. 1994:	19.25 Uhr, SFB, UK
Do., 29. 9. 1994:	16.55 Uhr, NDR, UK	Sa., 8. 10. 1994:	9.05 Uhr, SWF 1, UK
Fr., 30. 9. 1994:	9.05 Uhr, SWF 1, UK	Mo., 10. 10. 1994:	7.55 Uhr, SDR 1, Wiw
Fr., 30. 9. 1994:	12.35 Uhr, MDR, UK	Mo., 10. 10. 1994:	8.30 Uhr, NDR, Wiw
Fr., 30. 9. 1994:	13.08 Uhr, WDR 4, UK	Mo., 10. 10. 1994:	16.25 Uhr, SFB, Wiw
Fr., 30. 9. 1994:	15.27 Uhr, DR, Wiw	Di., 11. 10. 1994:	4.25 Uhr, SFB, Wiw
Fr., 30. 9. 1994:	17.54 Uhr, ORB, UK	Di., 11. 10. 1994:	9.05 Uhr, SWF 3, Wiw
Fr., 30. 9. 1994:	18.25 Uhr, SFB, UK	Di., 11. 10. 1994:	15.08 Uhr, WDR 2, UK
Sa., 1. 10. 1994:	19.57 Uhr, SWF 3, Wiw	Di., 11. 10. 1994:	15.27 Uhr, DR, UK
Di., 4. 10. 1994:	5.25 Uhr, SFB, Wiw	Di., 11. 10. 1994:	17.54 Uhr, ORB, UK
Di., 4. 10. 1994:	13.35 Uhr, MDR, Wiw	Di., 11. 10. 1994:	18.55 Uhr, SDR 3, UK
Di., 4. 10. 1994:	15.05 Uhr, WDR 2, Wiw	Mi., 12. 10. 1994:	17.25 Uhr, SFB, UK
Di., 4. 10. 1994:	15.55 Uhr, SDR 1, UK	Mi., 12. 10. 1994:	19.57 Uhr, SWF 1, Wiw
Di., 4. 10. 1994:	17.54 Uhr, ORB, Wiw	Do., 13. 10. 1994:	11.04 Uhr, SR 1, Wiw
Di., 4. 10. 1994:	19.45 Uhr, hr, UK	Do., 13. 10. 1994:	13.08 Uhr, WDR 4, UK
Mi., 5. 10. 1994:	14.27 Uhr, DR, Wiw	Do., 13. 10. 1994:	14.07 Uhr, SR 3, UK
Mi., 5. 10. 1994:	16.25 Uhr, SFB, UK	Fr., 14. 10. 1994:	15.05 Uhr, WDR 2, Wiw
Mi., 5. 10. 1994:	16.55 Uhr, NDR, Wiw	Fr., 14. 10. 1994:	15.55 Uhr, SDR 1, UK
Mi., 5. 10. 1994:	18.55 Uhr, SDR 3, UK	Fr., 14. 10. 1994:	16.55 Uhr, NDR, UK
Do., 6. 10. 1994:	8.30 Uhr, NDR, Wiw	Fr., 14. 10. 1994:	17.54 Uhr, ORB, UK
Do., 6. 10. 1994:	11.57 Uhr, ORB, Wiw	Fr., 14. 10. 1994:	18.57 Uhr, DR, UK
Do., 6. 10. 1994:	17.25 Uhr, SFB, Wiw	Fr., 14. 10. 1994:	19.45 Uhr, hr, UK
Do., 6. 10. 1994:	19.27 Uhr, DR, Wiw	Fr., 14. 10. 1994:	19.57 Uhr, SWF 3, UK
Do., 6. 10. 1994:	19.57 Uhr, SWF 1, UK		
Fr., 7. 10. 1994:	6.24 Uhr, hr, Wiw		
Fr., 7. 10. 1994:	9.05 Uhr, SWF 3, Wiw		
Fr., 7. 10. 1994:	10.07 Uhr, SR 3, Wiw		

DR = DeutschlandRadio

UK = Unser Kanzler

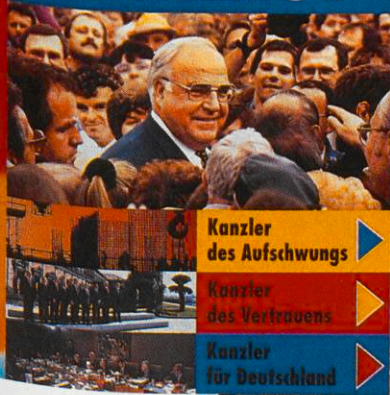
Wiw = Was ich will

Auf den Spuren Martin Luthers

Frischluff e. V. führt vom 21. bis 23. Oktober 1994 ein Seminar mit dem Thema „Auf den Spuren Martin Luthers“ in Eisenach durch. Im Programm sind neben interessanten Referenten u.a. eine Führung durch die Wartburg sowie eine Stadtbesichtigung in Eisenach vorgesehen. Der Teilnehmerbeitrag beträgt 20 DM. Nähere Informationen, Programme und Einladungen sind erhältlich in der Bundesgeschäftsstelle von: Frischluff e. V., Annaberger Straße 283, 53175 Bonn, Telefon (0228) 31 00 23, Telefax (0228) 31 47 03.

Unser Kanzler

Aufschwungs



**Kanzler
des Aufschwungs**

**Kanzler
des Vertrauens**

**Kanzler
für Deutschland**



Der Aufschwung kommt voran. Wir müssen ihn sichern. Gemeinsam. Mit moderner Technologie. Mit wettbewerbsfähigen Unternehmen und neuen Investitionen. Mit unserem Fleiß, und Ideen, unserer Phantasie.

Gemeinsam sichern wir den Deutschland der Zukunft. Wir fördern die Wirtschaft, wir unterstützen die Forschung, wir stärken die soziale Gerechtigkeit. Die Konkurrenz ist unser Freund. Die Konkurrenz ist unser Antrieb.

Wir schaffen Arbeitsplätze. Wir sichern die Versorgung. Wir schützen die Umwelt. Wir fördern die Kultur. Wir stärken die Demokratie. Wir sind stolz auf Deutschland.

Wir sind stolz auf Deutschland. Wir sind stolz auf die deutsche Wirtschaft. Wir sind stolz auf die deutsche Forschung. Wir sind stolz auf die deutsche Kultur. Wir sind stolz auf die deutsche Demokratie.

Wir sind stolz auf Deutschland. Wir sind stolz auf die deutsche Wirtschaft. Wir sind stolz auf die deutsche Forschung. Wir sind stolz auf die deutsche Kultur. Wir sind stolz auf die deutsche Demokratie.

Kanzler-Prospekt

Dieser Prospekt ist in diesen Tagen in allen Fernsehzeitungen als Beihefter enthalten. Zusätzlich kann jeder CDU-Kreisverband bis zu 10000 Exemplare als kostenlose Grundausstattung über die CDU-Bundesgeschäftsstelle beziehen. Die Bestellscheine sind allen Kreisverbänden zugesandt worden.

Bestell-Nr. 2982
Verpackungseinheit: 500 Expl.
Preis je 500 Expl.: 35,— DM

Bestellungen an:
IS-Versandzentrum
Postfach 11 64, 33759 Versmold
Fax (054 23) 54 69, 4 15 21
und 4 28 20
Preise zuzüglich MwSt., inklusive Versand

Broschüren

● **Wir sichern Deutschlands Zukunft. Regierungsprogramm von CDU und CSU**

Bestell-Nr.: 5989
Verpackungseinheit: 25 Exemplare
Preis je 25 Exemplare: 20,— DM

● **Sicher in die Zukunft — Bilanz erfolgreicher Regierungsarbeit**

Bestell-Nr.: 5978
Preis je 25 Exemplare: 20,— DM

● **Aufschwung Ost — Eine Bilanz nach vier Jahren Aufbauarbeit in den neuen Bundesländern**

Bestell-Nr.: 5916
Preis je 25 Exemplare: 22,50 DM

● **Zukunft für die deutsche Landwirtschaft**

Bestell-Nr.: 5979
Preis je 25 Exemplare: 22,50 DM

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

Wir gestalten die Einheit Deutschlands



Die CDU hat durch vier Jahrzehnte am Recht des ganzen deutschen Volkes auf Selbstbestimmung und Einheit festgehalten. Die deutsche Einheit ist uns Grund zur Freude und Dankbarkeit. Die Weichen für den 'Aufschwung Ost' sind richtig gestellt. Die Landschaften im Osten Deutschlands blühen auf. Die CDU hat ganz Deutschland zu einem neuen Aufschwung geführt. Die Wirtschaft wächst wieder. Neue Arbeitsplätze entstehen.

Damit es weiter aufwärts geht:
CDU

Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

UiD

31/1994

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.